

Werner Holly

Medien und politische Sprachkultur*

Ein Beispiel und zwei Thesen

Eines der Medienthemen des letzten halben Jahres war die amerikanische Präsidentschaftswahl. Über den vorausgegangenen Wahlkampf haben die Medien ständig berichtet; als Höhepunkt können die beiden sogenannten »Debatten« zwischen Bush und Dukakis vom September und Oktober 1988 gelten, die von etwa 60 Millionen Fernsehzuschauern in den USA gesehen wurden. Unmittelbar nach den Sendungen gab es jeweils ein ausführliches Medienecho mit sofortigen demoskopischen Reaktionen, Hintergrundberichten und Kommentaren, so daß man annehmen kann, daß kaum einer der 90 Millionen US-Bürger, die schließlich zur Wahl gingen, ohne Kenntnis dieser Fernsehereignisse geblieben ist. Für mich war die interessanteste Nachricht in diesem Zusammenhang allerdings eine kleine Agenturmeldung im Vorfeld der 2. Begegnung; aus ihr erfuhr man:

Demonstrativ hat sich die vorgesehene Ausrichterin des zweiten Fernsehstreitgesprächs zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten George Bush und Michael Dukakis, die »Liga weiblicher Wähler«, aus dem Unternehmen zurückgezogen. (Frankfurter Rundschau, 5.10.1988, S. 1)

Was war der Grund für den demonstrativen Rückzug der Organisatorinnen? Sie glaubten, an einem »Betrug der Wähler« beteiligt zu werden.

Als Ausrichter habe die Liga eine Vereinbarung unterzeichnen müssen, in dem die beiden Wahlkampfmanager die Form der Debatte bis ins kleinste und ausschließlich im Interesse ihrer Kandidaten geregelt hätten. »Sie haben untereinander abgemacht, welche Bilder die Kameras aufnehmen könnten. Sie haben festgelegt, wie die Fragesteller für ihren jeweiligen Kandidaten ausgewählt werden sollten. Und sie haben festgelegt,

daß die Halle mit Anhängern ihrer Parteien besetzt werden sollte«, beklagte die Ligapräsidentin. (ebd.)

Später erfuhr man, daß u.a. vereinbart worden war, daß beide Kandidaten graue Anzüge zu tragen und für ihre Notizen gelbe, linierte Zettel einer bestimmten Größe zu verwenden hätten. Ich erwähne dies der Kuriosität halber und lasse die ernsthafteren Absprachen weg, die Fragesteller, Zeiten, Themen usw. betrafen. Daß es also nicht um eine Debatte im klassischen Sinn, sondern um eine perfekt inszenierte Fernsehshow ging, kann eigentlich keinen nur halbwegs geübten und kritikfähigen Zuschauer mehr überraschen. Das eigentlich Erstaunliche an dieser Meldung ist für mich deshalb der politische Mut, aber auch die geradezu anachronistische Naivität gegenüber dem Medienumgang der Politiker, mit denen die Liga an tradierten Vorstellungen über die Text- oder Gesprächssorte »Debatte« festhalten wollte. Die Macher selbst sahen das Ganze ziemlich cool; Schluß der Meldung:

Die Wahlkampfmanager von Bush und Dukakis reagierten unbeeindruckt auf die Vorwürfe. Ein Mitglied der Bush-Mannschaft meinte dazu lediglich: »Na und?« (ebd.)

Diese flapsige, wenn nicht zynische Frage müssen wir durchaus ernst nehmen, wenn wir, wie die politischen Medienberater längst schon, allerdings mit anderen Mitteln und Zielen, den Zusammenhang von Medien und politischer Sprachkultur erforschen. Welche Fragen dabei im einzelnen zu stellen sind und wie man dabei vorgehen könnte, will ich hier in zwei Schritten grob umreißen. Zunächst geht es mir exemplarisch um die Frage, welche Rolle Medien für die politische Kommunikation spielen können; dann möchte ich – aktueller – nach der Bedeutung des modernen Haupt- und Staatsmediums »Fernsehen« für die Politik, und besonders für die politische Sprache fragen. Dabei werde ich zwei Thesen verfolgen:

1. THESE: In der Geschichte der politischen Sprache dürfen neue Medien nicht einfach additiv als zusätzliche Kommunikationsmittel gesehen werden; sie bewirken jeweils eine qualitative Veränderung der Sprachkultur.

2. THESE: Fernsehen als bisher umfassendstes, d.h. aktuelles und mehrkanaliges Medium mit eigener institutioneller Verankerung erschwert die Konstituierung bzw. Erhaltung eines eigenständigen Bereichs »öffentlich-politischer Kommunikation«, in dem sich eigene Regeln politischer Kommunikation ausbilden könnten. Die institutionellen und medialen Spezifika telegener Vermittlung und Vermittelbarkeit überlagern und überformen die politische Sprachkultur, ohne daß der Inszenierungscharakter jeweils so greifbar und kontrollierbar bleibt wie etwa im Theater. Mit anderen Worten: Fernsehen überträgt nicht nur, es bereitet diejenigen Ereignisse zumindest auf, wenn es sie nicht sogar erst »macht«, die es außerdem überträgt. D.h. zugleich: politische Kommunikation, so als ob es kein Fernsehen gäbe, kommt in weiten Bereichen gar nicht mehr vor.

Aber zunächst will ich ganz allgemein nach der Bedeutung von Medien für die politische Sprachkultur fragen. Ein Blick in die Geschichte kann uns schnell veranschaulichen, wie durch Erfindungen neue Medien und neue Kommunikationsweisen entstehen, die – ob man sich dessen bewußt wird oder nicht – die Rolle der Sprache in der Politik entscheidend beeinflussen. Nun könnte man gleich einwenden, daß dieser Zusammenhang nicht erst belegt werden müsse; er sei offensichtlich und deshalb unstrittig, also trivial. Um so verblüffender ist die Entdeckung, daß dieser Zusammenhang erst allmählich aufgearbeitet wird, was man auch in einem neueren Handbuch bestätigt findet. Dort heißt es: *Trotz des grundlegenden Charakters der Medienkunde für die PKW (Publizistik- und Kommunikationswissenschaft) fehlt es an zureichenden Darstellungen, wenn man darunter mehr als Statistiken und Beschreibungen versteht.* (Langenbucher 1986, 107) Insbesondere fehlt: *die Erforschung der Mediensysteme in ihren Verbindungen mit anderen gesellschaftlichen Systemen wie Politik, Kultur oder Wirtschaft.* (ebd.) – und ein Sprachwissenschaftler muß hier ergänzen: *oder Sprache.*

Auch die Sprachgeschichtsschreibung hat nämlich die explizite Thematisierung dieses Zusammenhangs erst in allerjüngster Zeit entdeckt. Natürlich steht auch in den bisherigen Sprachgeschichten ein Abschnitt über die »Wirkungen des Buchdrucks«, und da und dort erfährt man etwas z.B. über Presseanweisungen, Hochlautung im Rundfunk oder die Rolle des Fernsehens für die Vermittlung englischen Sprachinflusses in die DDR. Aber erst die sogenannte »pragmatische Wende« in der Sprachwissenschaft im Zusammenspiel mit einer Hinwendung zur Sozialgeschichte hat bewirkt, daß heute Sprachgeschichte ohne Mediengeschichte undenkbar geworden ist. Dabei ist wohl auch erst allmählich so richtig klar geworden, daß Medien nicht nur eine technische Struktur haben, die bestimmte Formen der Bedeutungsübermittlung ermöglichen bzw. ausschließen, sondern dazu eine institutionelle, historisch bedingte Struktur: nicht die Medien, erst die Medieninstitutionen schaffen brisante Wirkungen.

Medien sind deshalb zu definieren – und hier zitiere ich Ulrich Saxer – als *komplexe institutionalisierte Systeme um organisierte Kommunikationskanäle von spezifischem Leistungsvermögen* (zit. nach Langenbucher 1986, S. 107).

Daß ein neues technisches Medium nicht einfach zu den anderen hinzukommt, sondern eingebettet in die sozialgeschichtliche Entwicklung in institutioneller Form die politische Sprachkultur verändert, möchte ich an einer politischen Hochwerttextsorte illustrieren, von der schon zu Anfang die Rede war: der Debatte bzw. Diskussion.

Medienwandel und Textsortenwandel am Beispiel von »Diskussion«

Schaut man an, wie sich Publizisten und Politiker mit der Rolle der Sprache in der Politik beschäftigen, könnte man den Eindruck gewinnen, Sprache bestehe eigentlich nur aus Wörtern und Begriffen; wenn es hoch kommt, gehören noch Slogans und Parolen dazu. Die Reduktion auf lexikalisches Material, auf Wortschatz bestimmt immer noch die öffentliche sprachkritische Auseinandersetzung: die sogenannten »semantischen Kämpfe« um Schlagwörter, die man sich im wahrsten Sinn um die Ohren hauen kann, um ideologische Schlüsselwörter, um Fahnen- und Stigmawörter (*Marktwirtschaft/Planwirtschaft*), Hochwertwörter (*Frieden und Freiheit*) und Euphemismen (*Entsorgungspark*). So interessant und notwendig die Berücksichtigung lexikalischer Einheiten ist – ich setze hier ganz bewußt anders an, indem ich (wie heute weithin üblich) »Texte« bzw. eine »Textsorte« in den Blick nehme, denn:

Die Grundeinheit von Sprache im Gebrauch ist weder ein einzelnes Wort noch ein Satz, sondern ein Text. (Halliday 1970, 160)

Medienwandel bewirkt Sprachwandel nicht nur mit neuen Wörtern und neuen Bedeutungen, sondern auch als Textsortenwandel. Neue Textsorten kommen auf, alte Textsorten verändern sich und laufen nach anderen Regeln ab, was häufig unbemerkt oder doch unbeachtet bleibt und Manipulationsraum schafft.

Wie hat sich die Text- bzw. Gesprächssorte »Diskussion« in unserem Sprachraum verändert? Am Anfang, d.h. seit dem 12. Jahrhundert, steht die scholastische Disputation nach antikem Vorbild; sie wird (neben der morgendlichen Lectio/Vorlesung) die zentrale philosophisch-theologische, überhaupt wissenschaftliche Unterrichtsmethode, an Universitäten, später auch an Gymnasien und Gelehrtenschulen, bis in die Barockzeit. Die mündliche Disputation ist auch Modell für geschriebene Erörterungen, die sogenannte Quaestionenliteratur: alles selbstverständlich lateinisch.

Die Disputation war ein streng geregeltes Redeverfahren. Für die Behandlung der Streitfrage (quaestio) ist Ausgangspunkt der Streitatz (These), die der fragende Opponent zu widerlegen versucht, während der antwortende Schüler in der Rolle des Defendenten (Verteidiger) ist; beide Verfahren nach allen Regeln der Dialektik, wie Aristoteles sie im 8. Buch der Topik darlegt, alles in strikt syllogistischer Form. In späterer Zeit gab es am Ende eine Entscheidung (determinatio) des Magisters. Für dieses Grundschema entwickelten sich allmählich Varianten, jeweils bis ins Detail vorgeformt. Disputationen waren an Universitäten zahlreich, wöchentliche (disputatio ordinaria), daneben außerordentliche (bis zu 250 jährlich) bei Promotionen (»pro gradu«) und einmal im Jahr als mehrtägige feierliche Großveranstaltung (disputatio de quolibet).

Zur selben Zeit, als sich die scholastische Disputation durchsetzt, erscheinen auch die ersten Streitgedichte in der volkssprachlichen Literatur.

Der Wandel der Textsorte »Diskussion« im Zusammenhang mit Medienwandel läßt sich in drei Schritten darstellen.

Buchdruck und Reformationszeit: Streitgespräche im frühbürgerlichen Propagandakampf

Aus den gelehrten lateinischen Disputationen und den literarischen Streitedichtungen entwickeln sich im Zeitalter der Reformation Streitgespräche in volkstümlicher Sprache, z.T. kraftvoll-polemisch, die als Flugschriften in stattlichen Auflagen relativ weite Verbreitung finden und als Frühformen literarisch-politischer Propaganda gelten können. Voraussetzungen waren nicht nur die Erfindung des Buchdrucks, sondern auch neue Vertriebsformen im Buchhandel. Die Streitgespräche, die sich wichtige Protagonisten oder auch literarisch-fiktive Personifikationen von Positionen der Zeit liefern, sind Zeichen für erste Ansätze einer frühbürgerlichen, begrenzten Öffentlichkeit, wie sie mit den neuen Medieninstitutionen des Buchhandels möglich waren. Dennoch wird es in Deutschland weitere 200 Jahre dauern, bis das Bemühen der Fürsten, die politische Kommunikation im Arkanum der Kabinette zu halten, endgültig scheitert. Erst in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts vollzieht sich dann bei uns der noch wichtigere 2. Schritt im Wandel der Textsorte.

»Leserevolution« im 18. Jahrhundert: Rasonieren als Grundlage von bürgerlicher Öffentlichkeit

Im Zuge der Popularisierung der Aufklärung wird »Diskussion« zum Gesprächsverfahren der bürgerlichen Öffentlichkeit schlechthin. Dieser Schritt wäre undenkbar ohne einen weiteren Medieninstitutionenwandel, der eine ganze Reihe von strukturellen Veränderungen brachte (hier verwende ich eine Übersicht von Peter von Polenz 1988, der Forschungen von Engelsing, Schenda, Wittmann und Wehler zusammenfaßt: Entmachtung des kaiserlich kontrollierten und zünftig organisierten »Reichsbuchhandels«, Einführung kapitalistisch kommerzialisierte Produktions- und Vertriebsmethoden, massenhafte unzensurierte Nachdrucke, Expansion der Produktion um das Zehnfache, unkonventionelle Vertriebsmethoden in Kleinstädten und auf dem Lande, Populärausgaben im Kleinformat, weiterhin Selbsthilfeorganisationen, die Lektüre ohne Kauf ermöglichen (Lesekabinette, Lesegesellschaften, Leihbüchereien). Dies alles bewirkte eine frühindustrielle Popularisierung der Lesekultur, die Engelsing als »Leserevolution« bezeichnet. Auch wenn diese »Leserevolution« in

Deutschland eher in eine unpolitische Richtung führte, die auch eine erste Welle von Trivialliteratur mit sich brachte, – die massenhafte Rezeption von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften durch gemeinsames Lesen, Vorlesen und anschließendes Darüber-Sprechen hat doch politische Bedeutung: nicht allein aufklärerische Ideen, vor allem das vorurteilsfreie Diskutieren und Argumentieren wird unters Volk gebracht, und zwar über die bildungsbürgerlichen Kreise hinaus. So sind nicht nur Salons und Zirkel, Lesegesellschaften und Debattierclubs Orte, wo Formen politischer Diskussion kultiviert werden – in den Rheinlanden bilden sich nach 1792 die politischen Klubs aus den Mitgliederkreisen der Lesegesellschaften; es entstehen auch »ökonomische«, »landwirtschaftliche« oder »patriotische Vereinigungen«, und schließlich sind auch Wirtshäuser, Wachtstuben, Werkstätten und Pfarrhäuser Multiplikationsorte für Zeitungen: auch dort bildet sich politische Öffentlichkeit lesend und diskutierend, was in den Augen der Reaktion allerdings nichts anderes als »Lesesucht«, »Kannegießern« und dilettantisches »Politisieren« darstellt. Es ist zwar richtig, daß durch die spezielle deutsche Situation mit der verspäteten parlamentarischen Entwicklung die Debattenkultur in Deutschland nachhaltig behindert wurde, aber die Anfänge einer diskutierenden Öffentlichkeit im Gefolge eines frühindustriellen Medienwandels hatten in der Zeit um 1770 auch in Deutschland stattgefunden; mit den Worten von Peter von Polenz: *Jedenfalls begann die Geschichte unserer politischen Kommunikation nicht erst in der Paulskirche, sondern in den Debattierclubs und Wirtshäusern noch vor der Französischen Revolution.* (a. a. O.)

Massenkommunikation im Industriezeitalter: Inszenierte Diskussionen für Publikumskonsum

Dieser Schritt ist eigentlich schon vorbereitet mit der Institutionalisierung der Gesprächssorte in Parlamenten. Brigitte Schlieben-Lange (1983, S. 70ff.) beschreibt schon für die Französische Revolution, wie die Idee von »government by discussion«, Herrschaft durch Diskussion, die man bis heute dem Parlamentarismus unterstellt, an den institutionellen Gegebenheiten scheitern muß, an der Gruppenstruktur und am repräsentativen Selbstverständnis der Gruppen:

Die französische Revolution war u. a. mit dem Programm angetreten, daß das Ideal und die Formen von Öffentlichkeit, die sich im 18. Jahrhundert in Diskussionskreisen und Klubs herausgebildet hatten, zum Modell politischer Entscheidungsfindung werden sollten. Die Versammlung rasonierender Privatleute, keinem Gruppen- und Standesinteresse verpflichtet, würde im Diskurs zum vernünftigen Konsens kommen. In der ersten Phase der Revolution ist dieses Modell für alle Abgeordneten verpflichtend ... Die Verfahren des Diskurses, die in kleinen Gruppen funktioniert hatten, werden auf die Nationalversammlung übertragen ... Im Verlauf der Revolution stellte sich jedoch heraus, daß die Übertragung des Modells scheiterte. Die Repräsentativität der Versammlungen war neu gegenüber der Präsenz aller Beteiligten in den kleinen Gruppen. Die Versammlungen (und ihre Comités) entwickelten eine Eigendynamik, die dem »repräsentierten« Volk nicht in jedem Moment und schließlich fast überhaupt nicht mehr vermittelbar waren. Die Aushandlung eines vernünftigen Konsenses wich der Bildung von Gruppenidentitäten. Die Fraktionierungen suchten schließlich nicht mehr den rationalen Diskurs, sondern schafften konkurrierende Meinungen, zu denen die intendierte öffentliche Meinung auseinandergebrochen war, durch Todesurteile aus der Welt. Dem entsprach auf der Seite der Presse die Ersetzung der Argumentation durch die Meinungspresse ...

Inzwischen glaubt wohl kein Parlamentarismustheoretiker mehr, politische Entscheidungen seien das Ergebnis der freien Diskussion unabhängiger Ehrenmänner, die als individualistische Repräsentanten durch Wahl legitimiert sind. Daß Parlamentsdebatten keine Diskussionen sind, sagen sogar Politiker gelegentlich selbst, auch wenn sie gleichzeitig an der entgegengesetzten Illusion mitwirken. Auch wenn Entscheidungen anders zustande kommen, Diskussion ist in modernen parlamentarischen Systemen so bedeutsam für die Legitimation, daß das Entscheidungsverfahren als Diskussion inszeniert wird, zur Schaffung von Akzeptanz, wie das heute heißt.

An die Stelle der »rasonierenden« Öffentlichkeit tritt also das konsumierende Publikum, dem Inszenierungen von Diskussionen dargeboten werden. Dies ist nur möglich nach einem weiteren Medienwandel seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, der uns die modernen Mas-

senkommunikationsmittel gebracht hat. Die Stationen des Wandels sind uns allen bekannt: billiges Holzpapier, Rotationsdruck, telegraphische Nachrichtenvermittlung u. v. a., Telefon, Hörfunk, Fernsehen, Video, Kabel, Satelliten, was noch? All dies hat uns mächtige Medieninstitutionen beschert, so daß zu Recht vom Medienzeitalter gesprochen wird. Die Textsorte »Diskussion« ist qualitativ gewandelt: mit der Massenpresse gibt es eine »öffentliche/gesellschaftliche Diskussion«, die gar kein wechselseitiges Gespräch ist, sondern die Beeinflussung eines überwiegend passiven anonymen Publikums durch sogenannte »opinion leaders«; mit der Parlamentsberichterstattung schon im Hörfunk werden »Reden zum Fenster hinaus« gehalten, die nicht einmal Abbild oder Teil der politischen Kommunikation sind, für die sie stehen; mit den sogenannten Fernsehdiskussionen wird dem Konsumenten die Unmittelbarkeit eines face-to-face-Gesprächs recht perfekt vorgegaukelt, so daß ihm nur gelegentlich bewußt wird, daß er in diesen merkwürdigen »Gesprächen« eigentlich nichts zu sagen hat.

Wie das Fernsehen die politische Sprachkommunikation verändert

Die Bedeutung des Fernsehens für die politische Sprachkultur geht natürlich weit über die Veränderung einer einzelnen Textsorte hinaus. Man hat sogar zur Charakterisierung der modernen Mediendemokratie von »Telekratie« gesprochen; dies erscheint nicht übertrieben, wenn man bedenkt, daß Fernsehen nicht nur das Freizeitverhalten in modernen Gesellschaften beherrscht, sondern darüber hinaus, auch ohne als Verfassungsorgan geregelt zu sein, ein konstitutiver Bestandteil politischer Systeme geworden ist, etwa bei der Wahl: nicht nur in den USA oder in Frankreich, auch bei uns sind Fernsehsendungen vor Wahlen angesichts steigender Wechselwählerzahlen potentiell entscheidend für die Regierungsbildung. Wie weit das Fernsehen mit seinen medialen und institutionellen Besonderheiten auch alltäglich im politischen Handeln Bedeutung bekommt, hat am eindrücklichsten die Präsidentschaft von Ronald Reagan vorgeführt, dessen Medienberater seine gesamte Terminplanung nach Fernsehsendezeiten ausrichteten; so schoben sie z. B. nach dem Genfer Gipfel einen sachlich überflüssigen Besuch in Brüssel ein, offiziell zur Unterrichtung der NATO-Partner, in Wahrheit, um seine Rückkehr publicity-trächtig live in den Abendnachrichten zu inszenieren.

Der amerikanische Soziologe Joshua Meyrowitz hat die Auswirkungen des Fernsehens auf unser soziales Leben in einer faszinierenden Studie dargestellt; sie trägt den treffenden Titel: *No Sense of Place*. Seine zentrale These besagt, daß *die elektronischen Medien ... die Bedeutung von Ort und Zeit für die zwischenmenschliche Interaktion total verändert* haben. Die Pseudoteilnahme an den verschiedensten Ereignissen, die uns das Fernsehen nicht nur ermöglicht, sondern nahezu aufzwingt, hat eine ganze Reihe unmittelbarer und mittelbarer Folgen für unsere politische Sprachkultur, die ich unter fünf Aspekten zusammenfassen möchte.

Relativierung der Sprache durch Bilder

Das Fernsehen vermittelt Politik nicht nur sprachlich, sondern auch und überwiegend optisch. Die Bedeutung optischer Präsenz beschert Außenministern, die vom Fernsehen häufig und in eindrucksvollen Situationen gezeigt werden, demoskopische Spitzenwerte; sie beschert uns aber auch Spitzenpolitiker im Fernsehen bei jeder sich bietenden Gelegenheit, unabhängig davon, ob sie inhaltlich etwas zu sagen haben.

Im Zusammenwirken mit Bildern wird der Text häufig sekundär. Bezeichnend ist eine Geschichte, die der Chefkorrespondent der »New York Times« Hedrick Smith in seinem Buch über Reagans Präsidentschaft erzählt: eine äußerst kritische CBS-Fernsehjournalistin hatte einen scharfen 4½-Minuten-Kommentar verfaßt, in dem sie Reagans Methode schonungslos aufgedeckt hatte, *einen Wahlkampf der Bilder zu führen und der Auseinandersetzung mit Problemen auszuweichen*. Allerdings unterlegten ihre Produzenten den Kommentar – medientypischer Hang zur Visualisierung – mit einer Montage von Bildern; Reagan weiht Altersheim ein, begrüßt behinderte Athleten, bekommt von Nancy eine Geburtstagstorte (mit Kuß), stemmt mit seinen Leibwächtern Gewichte, spricht mit schwarzen Kindern aus dem Getto und dergleichen mehr. Am nächsten Tag dankte ein Reagan-Mitarbeiter der kritischen Journalistin für die kostenlose Werbezeit. Dennoch ist die gängige Vorstellung von Machern und Kritikern »Bild schlägt Ton« übersimplifiziert. Tatsächlich ist das Text-Bild-Verhältnis weitaus komplizierter; insbesondere über die Rezeptionsprozesse weiß man allerdings noch nicht allzu viel.

Die Intimisierung politischer Kommunikation durch Pseudonähe

Bis zur Einführung des Fernsehens sah man Politiker auf Fotos oder in Wochenschauen, man hörte sie gelegentlich im Radio, ganz selten erlebte man einen Politiker »live« – wie man heute auch in medienfreien Zusammenhängen sagt, um die direkte Teilnahme auszudrücken. Mit dem Fernsehen ist man fast ständig dabei und zwar aus allernächster Nähe – allerdings nicht immer »live«, immer aber vermittelt durch Kamera und Mikrofon. Es wird eine intim erscheinende »parasoziale Interaktion« (Horton/Wohl, nach Meyrowitz, S. 95) geschaffen, man hat das Gefühl, die Politprominenz wirklich zu »kennen« (Willy, Helmut, Norbert, Rita), wo doch in Wirklichkeit nur »Einwegkommunikation« stattfindet, mit räumlicher und oft auch zeitlicher Distanz.

Typische politische Texte sind deshalb heute nicht mehr donnernde Massenreden, Festansprachen, Wahlversammlungen (obwohl es sie noch gibt). Moderner und mediengerechter sind schon seit Roosevelts »fire-side-talks« im Rundfunk, die intimeren, gesprächshafteren Formen: Interviews, Talkshows, sogenannte »Diskussionen«, kurze Statements, lockere Pressekonferenzen; sie passen besser ins Wohnzimmer, wo ja die eigentlichen Adressaten sind, auch wenn sie am »Gespräch« nicht teilnehmen können. Charisma beruht nicht mehr wie früher auf distanzstabilem respektablem Habitus (Typus Bismarck, Wilhelm II.), sondern auf telegenem Charme im Kammerformat (à la Kennedy). Entsprechend wird der Sprachstil zwangloser, small-talk-hafter; offizielle und Alltagsstilschicht vermischen sich; die Trennung von Person und Rolle wird scheinbar aufgehoben. Politische Äußerungen sind nicht mehr nur offizielle Verlautbarungen, sondern persönliche Meinungsäußerungen und Auskünfte; um so wichtiger werden Glaubwürdigkeit und Authentizität. Der Beziehungsaspekt rückt in den Vordergrund; persönliche Anrede, persönliches Engagement, Gefühle, Einstellungen (*ich habe großes Vertrauen ...*, *bin stolz darauf* usw.), Ehrenwörter, Schlagfertigkeit, Humor, der »Jargon der Betroffenheit« sind Kennzeichen dieser Texte geworden.

Entpolitisierung der politischen Kommunikation

Fernsehen als Freizeitmedium berücksichtigt die gestiegenen Konsum- und Unterhaltungsbedürfnisse des Massenpublikums. Auch nichtprivate Anstalten folgen dem Prinzip LOP (»Least Objectionable Programming«), einer Programmgestaltung, die auf Nichtabschalten statt auf gezieltes Einschalten spekuliert. Die Folge ist, daß auch Politik unterhaltsam präsentiert wird; sie wird dramatisiert (es werden »events«/Ereignisse regelrecht geschaffen), nicht selten auch trivialisiert: Personalien aus der Politik stilisieren Seifen-Opern-Charaktere mit edlen oder bösen Vätern, guten oder strengen Müttern, Schurken und Opfern. Politiker treten heute auf wie andere Medienstars auch, wie Sportler, Schauspieler, Rockmusiker oder Quizmaster. Insofern gibt es einen Rückfall in eine rein »repräsentative« Öffentlichkeit (wie Habermas gesagt hat), die sich von der mittelalterlichen und absolutistischen allerdings durch die beschriebene Intimisierung unterscheidet. Typische sprachliche Ausdrucksformen dieser politischen Unterhaltungskultur sind Anekdotchen, Scherze, Bonmots (amerikanisch: one-liners), auch übertreibend-provokative Formulierungen, die jedoch nicht die eifernde Schärfe andauernder verbissener Polemik annehmen dürfen, sondern durch den Wechsel mit gelassen-überlegenem Humor, demonstrativem sympathischem Fair-Play moderiert werden.

Nivellierung durch Vermischung von Lebensbereichen und Stilen

Meyrowitz (S. 63ff.) hat darauf hingewiesen, daß sich nicht nur privater und öffentlicher Bereich, sondern auch verschiedene öffentliche Bereiche durch Fernsehen vermischen: *Anders als die Printmedien bietet das Fernsehen seinen Inhalt allen Teilen der Bevölkerung an ...; und es verhindert die Entwicklung getrennter Sprachstile je nach Wissensgebiet* (S. 67). Die leichtere Zugänglichkeit des Fernsehens führt auch dazu, daß sich die Fernsehkommunikatoren auf das heterogene Publikum einstellen. Vor den fraktionierten Teilöffentlichkeiten, wie sie Versammlungen und selbst noch die Printmedien darstellen, können Politiker adressatenspezifisch kommunizieren. Das Risiko von Image- und Interessesverletzungen durch »schlimmstmögliche Deutungen« (Goffman) ist dagegen unter den Bedingungen aktueller und potentiell grenzenloser Verbreitung nicht mehr situativ

zu begrenzen, wie die Jenninger-Rede jüngst wieder gezeigt hat. Was in einem Historikerkolloquium wahrscheinlich unproblematisch gewesen wäre, ist unmöglich, wenn die Fernsehkameras dabei sind. Wenn man selbst nicht entsetzt ist, weil man ja versteht, wie es eigentlich gemeint war, empfindet man die Vorstellung als peinlich, daß gewissermaßen auch andere zuhören können, deren Gefühle möglicherweise verletzt werden. Die Konsequenz solcher Verhältnisse ist die übliche allseitige Dauerrücksicht auch in sprachlichen Formulierungen: vorauseilende Kompromisse, die vielbeschwerene Ausgewogenheit, die sich niederschlägt in zahlreichen »einerseits-andererseits-Figuren«, Relativierungen, vagen Formulierungen, Leerformeln im Stil von »wir wollen das Gute«, bis hin zu sogenannten »Amöbenwörtern« (Pörksen) wie *Problem, Struktur, Relevanz, Funktion*. Dazu kommt die »für jeden-etwas«-Methode. So sagte Strauß im Fernsehen *rebus sic stantibus, cum grano salis und mutatis mutandis* für wertkonservative Bildungsbürger und gleich im nächsten Atemzug etwas *Derb-Deftiges* für die bayrische und volkstümlichere Klientel; er hantierte mit Zahlen (fürs »Sachliche«) und scheute nicht handfeste persönliche Bewertungen (fürs »Emotionale«). Schmidt wußte ebenso die technische Intelligenz zu beeindrucken, etwa mit der *Dislozierung von Cruise Missiles*, wie er zugleich das emphatische Lob der deutschen Nachkriegsmutter vortragen konnte, oder kernige Spruchweisheiten. Zur Vermittlung zwischen den heterogenen Teilen des Publikums nutzt man also den subtilen Einsatz von »code-switching« zu Dialektismen und Regionalismen, zu Fachsprache, Wissenschafts- und Bildungsjargon, zu hohem und niederem Stil, Humor und Pathos. Nur mit derlei Stilmix erreicht man im Fernsehen verschiedene Zielgruppen und Wählerschichten.

Portionierung und Dynamisierung durch Zeitdruck

Fernsehsendungen haben in der Regel feste, engumgrenzte Zeiträume. Magazinsendungen dauern 45 Minuten, das macht pro Beitrag maximal 10 Minuten; ein Statement sollte 1 Minute 20 nicht überschreiten. Aus längeren Reden hört man nur Ausschnitte. Deshalb müssen heute Medienberater Politikeräußerungen auf isolierte Zitierbarkeit abklopfen; auch in dieser Hinsicht hat Jenninger Lehrgeld bezahlen müssen. Wir sehen und hören über mehr Themen, aber weniger auf einmal. Noch stärker als in Zeitungen muß im Fernsehen reduziert werden (wie lange würde die Tagesschau dauern, wenn man nur die Titelseite einer Tageszeitung verlesen würde?). Mag sein, daß alles Wichtige in wenigen Sätzen gesagt werden kann. Voraussetzungen, Hintergründe, Zusammenhänge, Differenzierungen, die in einer immer komplexeren Welt sicherlich nicht weniger notwendig werden, bleiben auf der Strecke. Auch mit der Kontinuität tut sich das Medium Fernsehen schwer: Themen nützen sich ab. Ein Buch, selbst eine Zeitschrift kann eine Weile liegen, man kann noch einmal nachlesen, aber wer erinnert sich noch an den Fernsehbericht von vorletzter Woche? Einiges von dem, was durch Schrift der Flüchtigkeit des gesprochenen Wortes entgegengesetzt werden konnte, die Möglichkeit zu vertiefender Reflexion, ist im Fernsehen nur schwer möglich. Verstärkt werden hingegen das Plakative, die griffigen Formeln, die Slogans; verstärkt wird der Ritualcharakter: Kürze, Wiederholungen, Inhaltsleere.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden: politische Sprache und politische Kommunikation werden wesentlich beeinflusst und gestaltet durch die institutionellen und praktisch-technischen Bedingungen der Medien. Das zeigt die Geschichte (wie wir am Beispiel »Diskussion« gesehen haben), das läßt sich auch am aktuellen Medium Fernsehen verfolgen. Die Untersuchung politischer Sprache darf sich aber nicht mehr – wie traditionell – auf die ideologischen Gehalte von Wörtern und Begriffen beschränken. Die subtileren, unauffälligeren, aber vielleicht wirksameren Faktoren sind: Verfahren, Arrangements, Präsentationsformen, Texttypen. Zugespitzt formuliert: nicht was Politiker sagen, ist das eigentlich Ideologische, sondern wie es inszeniert und präsentiert wird.

Gegen Medienschelte und für sprachwissenschaftliche Medienanalysen

Zum Schluß noch zwei kurze Bemerkungen. Trotz aller Kritik, die in meinem pauschalisierenden Überblick auch enthalten war, möchte ich vor einer kulturpessimistischen Dämonisierung moderner Medien warnen. Durch die Dynamik des Medienwandels ist die Wissenschaft noch nicht in der Lage gewesen, das Ausmaß und die Details der Auswirkungen auf die politische Sprachkultur ausreichend zu analysieren. Auch in der Geschichte ist noch vieles aufzuklären und zu beschreiben. Mit anderen Worten: die Sprachwissenschaft hat noch

einiges für unser Verständnis von Medien und Medienwandel zu bieten und zu leisten. Von der Qualität unseres Verstehens aber hängt ab, ob wir wirklich weiterhin von Medien sprechen dürfen, Medien, d.h. ja Mittel, die wir kennen und beherrschen können sollten.

* Geänderte Fassung der Trierer Antrittsvorlesung vom Dezember 1988.

Literaturhinweise

- Halliday, Michael A. K., Language Structure and Language Function. In: John Lyons (Hrsg.): *New Horizons in Linguistics*. Harmondsworth 1970, S. 140–165.
- Langenbacher, Wolfgang R. (Hrsg.): *Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Textbuch zur Einführung in ihre Teildisziplinen*. Wien 1986.
- Meyrowitz, Joshua, *No Sense of Place. The Impact of Electronic Media on Social Behaviour*. New York 1985. – Dtsch.: *Die Fernsehgesellschaft. Wirklichkeit und Identität im Medienzeitalter*. Weinheim/Basel 1987.
- Polenz, Peter von, *Das 19. Jahrhundert als sprachgeschichtliches Periodisierungsproblem*. In: Dieter Cherusim (Hrsg.): *Voraussetzungen und Grundlagen der Gegenwartssprache. Sprach- und sozialgeschichtliche Untersuchungen zum 19. Jahrhundert*. Berlin/New York 1988 (erscheint).
- Schlieben-Lange, Brigitte, *Traditionen des Sprechens. Elemente einer pragmatischen Sprachgeschichtsschreibung*. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983.
- Smith, Hedrick, *The Power Game: How Washington Really Works*. New York 1987. – Dtsch.: *Der Machtkampf in Amerika. Washingtons neue Elite*. Reinbek 1988.

Dr. Werner Holly ist Privatdozent für Germanistische Linguistik an der Universität Trier.